

# Klärschlamm bringt Ratssaal zum Kochen



Die Bürgerinitiative will nicht, dass Klärschlamm aus anderen Kommunen nach Hildesheim geholt wird. „Klärschlamm-Hauptstadt“ Hildesheim lautet ihr spöttischer Kommentar.

FOTO: WERNER KAISER

## Straffer Zeitplan

Die Kommunale Nährstoffrückgewinnung (KNRN) hat einen klaren Zeitplan für die Umsetzung des Projekts Monoklärschlamm-Verbrennungsanlage:

- 2019 soll noch ein Rumpfgeschäftsjahr sein
- 2020 läuft die Entwurfsplanung und Genehmigungsphase
- 2021 beginnen die Ausführungsplanung und der Bau
- 2022 bis 2024 soll die Anlage entstehen
- 2025 soll die Anlage ihren Betrieb aufnehmen. „Beginn der Entsorgungssicherheit“ nennt die Betreibergesellschaft in ihren Vortragsfolien dieses Jahr.

Die BI Klärschlamm fordert vom Hildesheimer Rat Antworten auf ihren Zwölf-Punkte-Katalog. Doch viele Aspekte bleiben ungeklärt – und die Fragestunde endet sogar fünf Minuten vor der Zeit.

Von Marita Zimmerhof

**E**in prallvoller Rathaussaal und eine Fülle von Fragen in hitziger Atmosphäre: Die Debatte um die geplante Monoklärschlamm-Verbrennungsanlage im Hafen hat am Montag die Sitzung des Hildesheimer Rats bestimmt. „2025 Klärschlamm-Hauptstadt“ stand auf dem Transparent, das die Bürgerinitiative (BI) in die Höhe hielt. Das Wort „Kultur“, in Anspielung auf die erhoffte Ernennung zur europäischen Kultur-Hauptstadt, war demonstrativ durchgestrichen.

Gleich zu Beginn der Sitzung gehörte, wie stets, in der Einwohnerfragestunde das Wort den Bürgern. Und die hatten ihren Auftritt gut vorbereitet. In verteilten Rollen arbeiteten sich die Zuhörer, viele von ihnen Mitglieder der BI, an einem Zwölf-Punkte-Katalog ab (die HAZ berichtete). Klare Antworten forderten die Bürger ein. Und zwar „vom Rat als Entscheidungsträger, nicht von der SEHi“, wie BI-Vorsitzender Ronald Tölpe betonte.

„Ich bin etwas irritiert“, konterte Oberbürgermeister Ingo Meyer. Schließlich habe es bereits „zu einem sehr frühen Zeitpunkt“ zwei Informationsveranstaltungen gegeben. Die Öffentlichkeit sei während des gesamten Prozesses „permanent und intensiv“ eingebunden worden. Und selbstverständlich sei er für weitere Aufklärung immer bereit. „Keiner hat Interesse daran, Ängste durch Nichtwissen zu schüren.“ Zu dem zitierten frühen Zeitpunkt im Jahr 2018 gab es die BI allerdings noch gar nicht, die wurde erst im November 2019 gegründet. Zudem, räumte Tölpe am Rande der Sitzung ein, hätten die Anlieger im Nordkreis die Thematik in ihrer Brisanz damals so auch noch nicht vor Augen gehabt.

BI-Mitglied Peter Franke wollte nun wissen, ob der Stadt bekannt gewesen sei, dass Hildesheim im Bewertungsverfahren nicht der beste Standort gewesen sei, sondern nur auf dem vierzten von sieben Plätzen gelandet sei. Umweltkriterien, die andernorts zum Ausschluss geführt hätten, seien nicht berücksichtigt worden. Reinhold Heeke hinterfragte mögliche gesundheitliche Schäden durch Quecksilber- und Dioxin-Emissionen. RBG-Schulleiter René Mounajeb bat um Prüfung, dass seine Schulgemeinschaft keine gesundheitlichen Schäden davontrage. Marianne Wassmann bezweifelte die Vorzüge der Trimodalität (Straße, Schiene, Kanal). Ein ande-

rer wollte wissen, ob berücksichtigt worden sei, dass das Areal Jagdgebiet von Fledermäusen sei ...

Meyer ging selten ins Detail, verwies mehrfach auf Erwin Voß, Chef der Betreiberfirma Kommunale Nährstoff-Rückgewinnung Niedersachsen (KNRN), der gewohnt sachlich und unaufgeregt über die Anlage und gesetzliche Hintergründe sprach. Meyer (und auch Voß) betonten, dass viele Fragen erst im Genehmigungsverfahren geklärt werden könnten – und das stehe noch aus. Offenbar, so Meyer, hätten Zuhörer das „missverstanden“. Eine Ratsitzung sei zudem keine Diskussionsveranstaltung.

Mehr noch: Martin Eggers (CDU) hielt einem Bürger aus Giesen vor, dass er gar kein Hildesheimer sei. Und im Hildesheimer Rat, salopp interpretiert, eigentlich nichts zu suchen hat. Nach 25 Minuten – die Geschäftsordnung sieht bis zu 30 Minuten vor – beendete die Ratsvorsitzende Regina Lücke (CDU) zum Unmut der Zuhörer die Fragestunde abrupt. Pikant: Lücke ist die Frau des Giesener Bürgermeisters Andreas Lücke, in dessen Gemeinde sich gerade jede Menge Zorn gegen die Anlage zusammenbraut. Obwohl Maik Brückner (Linke) auf die fehlenden fünf Minuten verwies, wurde die Fragestunde beendet.

Das Mikrophon gehörte nun Voß. Das Thema Klärschlamm und seine Verwertung habe er sich wahrlich nicht ausgesucht, seufzte der Geschäftsführer. Vielmehr sei es die Gesetzeslage, die zum Handeln zwingt. Anders als früher üblich, darf Klärschlamm nicht mehr ein-

fach auf die Felder gekippt werden. Und anders als früher muss der kostbare Rohstoff Phosphor ab 2029 zurückgewonnen werden.

Seine Aufgabe sei, das Abwasser aus der Kläranlage sauber in die Innerster zu leiten. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass Schwermetalle, Arzneimittelrückstände, Krankheitserreger und all die anderen, über 100 Schadstoffe aus Haushalten, Betrieben und von urbanen Flächen im Klärschlamm konzentriert werden. „Das ist einfache Fakt.“ Fakt ist auch: „Die Stoffe haben wir jetzt schon in der Umwelt.“

Der Unterschied künftig: Wurdem die kritischen Stoffe bislang großflächig in der Natur verteilt, könne die Verbrennungsanlage 99,9 Prozent der Schwermetalle und 98,1 Prozent der Dioxine zurückhalten. „Wir reduzieren also ganz erheblich“, so Voß klipp und klar.

Die BI macht eine andere Rechnung auf: Wenn im Hafen nicht nur der Klärschlamm aus Hildesheim verbrannt wird, sondern auch der von fast zwei Dutzend weiteren Klärwerken, die zur KNRN zählen, erhöhe sich das Volumen der Schadstoffe deutlich. Und auch der Zulieferverkehr werde steigen.

„Ohne Belastungen wird es nicht gehen“, räumte Voß ein. Bei neun Gesellschaftern würde die B494, über die täglich 900 Lastwagen donnern, mit 15 Fahrten zusätzlich belastet, auf der B1 steige der Verkehr um 4 auf 1600 Laster, auf der B6 mit 800 Lastwagen täglich um einen Lastwagen pro Woche. Allerdings gehören der KNRN inzwischen 13 weitere Gesellschafter an. Der Vor-

teil der Trimodalität ist für die KNRN noch nicht vertan. „Wir sind erst am Anfang.“ So überlege Göttingen gerade, die Schiene zu nutzen.

Sowohl Voß als auch der OB versicherten, dass mit der Anlage niemand Geld verdiene, es nicht um den wirtschaftlichen Nutzen, sondern vielmehr um Versorgungssicherheit gehe. Ein Satz von Meyer ließ die Zuhörer aufhorchen: „Wir werden das nur dann mittragen, wenn es keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt hat.“

Diverse Ratsmitglieder fühlten sich durch die bohrenden Fragen der BI offenbar vorgeführt. „Da schwingt mit, als ob wir uns mit dem Thema nicht beschäftigt hätten“, ärgerte sich Ulrich Rübiger (Grüne). Detlef Hansen (SPD) hätte sich sogar Beifall gewünscht, dafür, dass eine Gebietskörperschaft hier Verantwortung übernehme. Die ablehnende Einstellung der BI finde er „schlimm“. Orhan Kara (Linke) sah den Rat „gut und ausführlich“ in Kenntnis gesetzt. Außer der Linken seien alle der Meinung, dass es sich um ein gutes Projekt handelt, meinte er wohl auch mit Blick auf den Mehrheitsbeschluss, die Betreiber-

gesellschaft KNRN ins Leben zu rufen, um dann, so das Papier damals, „die notwendigen weiteren Verfahrensschritte einzuleiten“. Am Ende gab es doch noch persönliche Töne. Ralf Kriesinger (AfD) riet, „Lasst uns Eskalationen vermeiden“. Dennis Münster (CDU) lobte das „bürgergesellschaftliche Engagement“ der BI, Bernd Lynack (SPD) verwies auf den „längst beschlossenen Umweltbeitrag“, in dem die BI einen Sitz habe.

## Thema im Ortsrat Borsum

Kritik an der geplanten Klärschlammverbrennungsanlage in Hildesheim kommt jetzt auch aus der Gemeinde Harsum. „Aus meiner Sicht ergeben sich im Hinblick auf die Hauptwindrichtung (Süd-West) auch für die Ortsrat Borsum Auswirkungen, die ich für nicht akzeptabel halte“, sagt Borsums Ortsbürgermeister Josef Stuke. Er hat deshalb Ronald Tölpe von der Bürgerinitiative eingeladen, um bei der nächsten Ortsratssitzung am morgigen Donnerstag über das Thema zu informieren. Die Sitzung beginnt um 18.30 Uhr im Feuerwehrgerätehaus. Stuke hat sich inzwischen dafür ausgesprochen, dass sich auch der Harsumer Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung am 24. März mit dem Thema befassen soll. skn

## CDU-Ortsverbände fordern den Rückzug aus Projekt

In Teilen der CDU regt sich Widerstand gegen die geplante Verbrennungsanlage im Hafen. Der Ortsverband Stadtmitte mit Ortsbürgermeister Dirk Bettels und der Ortsverband Drispentstedt mit dem stellvertretenden Ortsbürgermeister Jürgen Köhn wollen auf der Hauptversammlung des CDU-Stadtverbands am Sonntag, 29. Februar, einen Antrag einbringen, mit dem die Christdemokraten einen Rückzieher machen wollen. Gibt es für das Papier eine Mehrheit, widerspricht die CDU „der Planung einer Kon-

zentration von Klärschlammabfällen in Hildesheim und deren thermischer Verwertung“. In der Konsequenz fordert die Partei ihre Vertreter im Rat auf, „gegen den Vorschlag einer Übertragung der öffentlichen Grundstücksfläche zu Gunsten der Stadtentwässerung Hildesheim“ zu stimmen – auch die Zweckgesellschaft für die Klärschlammverwertung, die KNRN, soll das städtische Grundstück nicht bekommen. Stattdessen soll „die Planung abgebrochen“ werden. 2018 hatte der Rat noch mit großer Mehrheit be-

schlossen, die Stadtentwässerung Hildesheim (SEHi) mit der Gründung einer Gesellschaft zur Klärschlammverwertung zu beauftragen. Die wiederum hatte auftragsgemäß Eckpunkte für die Planung, Finanzierung, den Bau und Betrieb einer Monoklärschlamm-Verbrennungsanlage erarbeitet. Anfangs war noch von neun Gebietskörperschaften die Rede, inzwischen gibt es immer mehr Städte, die ihren Klärschlamm nach Hildesheim bringen wollen. Aktuell ist von einer Anlage für 33500 Tonnen Trockensubstanz die

Rede. Zu den Transportkosten sei vereinbart worden, dass die von den jeweiligen Kläranlagen gemeinschaftlich getragen werden: Ausgehend von der Gesamttransportkosten sämtlicher Gesellschafter soll ein Transportkostenpreis pro Tonne ermittelt werden – und alle Gesellschafter mengenproportional und unabhängig von der Transportstrecke belastet werden, kritisiert das Papier der Ortsverbände. „Für die Gebührenzahler der Stadt Hildesheim bedeutet diese Abrede eine inakzeptable Mehrbelastung.“